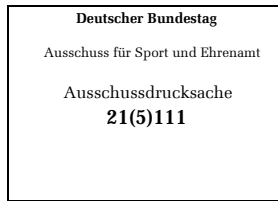


STELLUNGNAHME



im Rahmen der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt am 10.06.2026 zum Thema „Junges Engagement und Nachwuchsförderung im Ehrenamt“

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe in Deutschland. Er vertritt die Interessen von rund sechs Millionen jungen Menschen, die sich in Jugendverbänden engagieren und damit einen zentralen Beitrag zur demokratischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Stabilität in Deutschland leisten. Die Positionen und Forderungen des DBJR beruhen nicht auf Meinungsbildern einzelner junger Menschen, sondern auf demokratisch legitimierten Beschlüssen junger Menschen über ihre Jugendverbände.

I. Ehrenamt in Jugendverbänden: Weiterhin hohe Engagementbereitschaft bei jungen Menschen

Die Bereitschaft junger Menschen in Deutschland, sich für die Gesellschaft einzubringen, ist entgegen weitverbreiteter Klischees hoch und stabil. Die Engagementstrategie der Bundesregierung weist für die Altersgruppe der 14 bis 29-Jährigen eine Engagementquote von 42 Prozent aus. Damit engagiert sich ein erheblicher Teil junger Menschen aktiv – nahezu in gleichem Umfang wie die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen, deren Engagementquote bei 44,7 Prozent liegt, und deutlich häufiger als ältere Bevölkerungsgruppen. Bei den 50- bis 64-Jährigen beträgt der Anteil der freiwillig Engagierten 40,6 Prozent, bei den 65-Jährigen und Älteren 31,2 Prozent.¹ Zugleich zeigen die Daten, dass das Engagementpotenzial junger Menschen noch weit darüber hinausgeht: Rund 90 Prozent der 14- bis 29-Jährigen engagieren sich bereits oder können sich grundsätzlich vorstellen, dies zu tun.²

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob junge Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Entscheidend ist vielmehr, ob die Rahmenbedingungen es ihnen ermöglichen, diese Bereitschaft tatsächlich in Engagement zu übersetzen, insbesondere dort, wo strukturelle Hürden, fehlende Ressourcen oder mangelnde Zugänge Teilhabe bislang erschweren.

Junges ehrenamtliches Engagement ist eine unverzichtbare Ressource demokratischer Gesellschaften. Gerade in einer Zeit zunehmender Polarisierung, wachsender gesellschaftlicher Verunsicherung und antidemokratischer Mobilisierung kommt den Orten besondere Bedeutung zu, an denen junge Menschen Verantwortung übernehmen, Gemeinschaft gestalten und Demokratie praktisch erfahren. Nachwuchsförderung im Ehrenamt bedeutet deshalb vor allem, Hürden abzubauen und Jugendverbände als zentrale Ermöglicheräume jungen Engagements nachhaltig zu stärken.

Jugendverbandsarbeit ist ein eigenständiges und gesetzlich verankertes Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. § 12 SGB VIII beschreibt Jugendverbände als Zusammenschlüsse junger Menschen, in denen Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird. Drei Merkmale prägen diese Arbeit in besonderer Weise: Selbstorganisation, Freiwilligkeit und Wertebezug. Genau darin liegt ihre demokratiebildende Kraft. Junge Menschen entscheiden selbst, wofür sie sich einsetzen, mit wem sie aktiv werden und welche Formen sie ihrem Engagement geben. Sie leiten Sitzungen, organisieren Wahlen, verantworten Haushalte, handeln Konflikte aus, treffen Entscheidungen und setzen Beschlüsse um. Diese Erfahrungen haben einen unschätzbaren Wert, für die Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen jungen Menschen ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt. Wer früh Verantwortung übernimmt, erfährt Selbstwirksamkeit, erwirbt soziale und demokratische Kompetenzen und knüpft tragfähige Netzwerke. Gerade in der Jugendphase werden vielfach die Weichen für lebenslanges Engagement gestellt.

¹https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/2024_Engagementstrategie_der_Bundesregierung.pdf

²<https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07961b92a09e5e99ffc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf>

Frühe Erfahrungen im freiwilligen Engagement erhöhen die Wahrscheinlichkeit, auch im weiteren Lebensverlauf zivilgesellschaftlich aktiv zu bleiben.

Schaut man auf das Engagement in der Jugendverbandsarbeit, lässt sich feststellen, dass diese Arbeit verlässlich von und für junge Menschen getragen wird. Die Entwicklung der Anträge für eine Jugendleiter*innen-Card (Juleica), der bundesweit einheitlichen Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeitende in der Jugendarbeit, verweist auf eine stabile und wachsende Engagementpraxis: Zwischen 2018 und 2024 stieg die Zahl der jährlich abgeschlossenen Anträge von 31.502 auf 37.401 – ein Anstieg um rund 18,7 Prozent. Dies ist umso bemerkenswerter, als dieser Zeitraum durch den massiven Einschnitt der Corona-Pandemie geprägt war und zugleich die Zahl junger Menschen im für die Juleica relevanten Alter rückläufig war.

Mit Stand vom 04.06.2026 sind 119.751 gültige Juleica-Karten ausgestellt.³ Die Juleica wird nicht lebenslang vergeben, sondern muss regelmäßig verlängert werden. Voraussetzung dafür ist ein Fortbildungsnachweis, der Teil der Qualitätssicherung in der Jugendleiter*innen-Ausbildung ist.

Jugendverbandsarbeit lebt von einer großen Vielfalt freiwilligen Engagements: Junge Menschen unterstützen Gruppenstunden, planen Aktionen vor Ort, sind Teamer*innen auf Ferienfreizeiten, leiten Zeltlager oder Bildungsangebote, begleiten Kinder und Jugendliche über längere Zeiträume hinweg und übernehmen Verantwortung in Gremien, Arbeitsgruppen und Vorständen. Engagement in Jugendverbänden reicht damit von punktueller Unterstützung bis hin zu kontinuierlicher Leitungs- und Verantwortungstätigkeit. Gerade diese Vielfalt macht Jugendverbände zu Orten, an denen junge Menschen Verantwortung schrittweise erproben, übernehmen und weitergeben können.

Umso wichtiger ist der Blick darauf, unter welchen Bedingungen junge Menschen bereit und in der Lage sind, solche Verantwortung langfristig zu tragen. Während die Bereitschaft, sich in Jugendverbänden einzubringen, weiterhin hoch bleibt, werden Leitungs- und Vorstandsämter nur von einem vergleichsweise kleinen Teil der Engagierten als attraktiv wahrgenommen: 2024 hielten lediglich 34 Prozent der Ehrenamtlichen die Übernahme eines Vorstandsamtes für attraktiv.⁴ Das verweist nicht auf mangelnde Engagementbereitschaft junger Menschen, sondern auf veränderte und zunehmend anspruchsvolle Rahmenbedingungen: steigende Anforderungen, wachsende Verantwortung, bürokratische Belastungen, knappe Zeitressourcen und eine Anerkennungskultur, die der tatsächlichen Bedeutung dieses Engagements nicht immer gerecht wird.

Wer Nachwuchs im Ehrenamt wirksam fördern will, muss junge Menschen daher nicht vom Engagement überzeugen. Entscheidend ist vielmehr, die Bedingungen so zu gestalten, dass Engagement möglich, zugänglich, anerkannt und dauerhaft tragfähig bleibt.

II. Herausforderungen und Rahmenbedingungen für junges Engagement

1. Fehlende finanzielle Verlässlichkeit gefährdet junges Engagement

Eine zentrale Herausforderung für selbstorganisiertes junges Engagement in der Jugendverbandsarbeit ist die fehlende Planungssicherheit. Umso wichtiger ist die Stärkung bundeszentraler Infrastrukturen. Sie bilden eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Jugendverbände auf Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsebene verlässlich, qualitätsgesichert und bedarfsgerecht arbeiten können. Bundeszentrale Strukturen bündeln Erfahrungen aus der jugendverbandlichen Praxis, entwickeln fachliche Standards, sichern Qualifizierung, Beratung und Vernetzung und stellen Materialien, Konzepte und fachliche Orientierung bereit. Damit übernehmen sie eine wichtige Übersetzungs- und Unterstützungsfunktion: Fachliche Entwicklungen, politische Anforderungen und gesellschaftliche Herausforderungen werden auf Bundesebene aufgegriffen, eingeordnet und so aufbereitet, dass sie in der konkreten Jugendverbandsarbeit vor Ort handhabbar werden: in Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, Jugendleiter*innen-Schulungen, Beteiligungsformaten, Gremienarbeit und Schutzprozessen.

³ <https://juleica.de/statistik>

⁴ https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jhsw/DJI-Jugendverbandserhebung_2024_Pr%C3%A4sentation%20f%C3%BCr%20DBJR.pdf

Die Stärkung bundeszentraler Infrastrukturen stärkt damit unmittelbar auch die lokale Praxis. Sie verhindert, dass einzelne Gliederungen mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen komplexe Anforderungen jeweils allein bewältigen müssen. Stattdessen ermöglichen bundesweite Strukturen Wissenstransfer, gemeinsame Qualitätsentwicklung und verlässliche Unterstützung über föderale Ebenen hinweg. Das ist insbesondere dort relevant, wo Jugendverbände auf neue oder wachsende Anforderungen reagieren müssen. Zugleich unterliegen Jugendverbände im Bundeshaushalt weiterhin weitgehend der Logik kurzfristiger Projektförderung. Diese Förderlogik erschwert Kontinuität, obwohl gerade verlässliche Strukturen die Voraussetzung dafür sind, junge Engagierte zu gewinnen, zu begleiten und langfristig zu stärken.

Daher fordert der Bundesjugendring den Bund auf, den Kinder- und Jugendplan des Bundes verbindlich zu stärken. Die im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände haben seit 2022 zusätzliche Bedarfe in Höhe von insgesamt 6 Millionen Euro erhoben und politisch begründet. Um diese Bedarfe vollständig abzubilden, ist weiterhin eine zusätzliche Erhöhung um 2 Millionen Euro erforderlich. Darüber hinaus müssen die Mittel, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, perspektivisch dynamisiert werden.

2. Bürokratie als strukturelle Hürde für junges Engagement

Junges Engagement wird dort geschwächt, wo bürokratische Anforderungen ehrenamtlich getragene Strukturen überfordern. Antragsverfahren, Nachweispflichten, Verwendungsnachweise und Förderlogiken orientieren sich häufig an Organisationen mit umfangreichen hauptamtlichen Verwaltungsressourcen. Für Jugendverbände werden sie damit zur strukturellen Engagementbremse: Junge Menschen ziehen sich nicht aus Verantwortung zurück, weil ihnen die Bereitschaft fehlt, sondern weil Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Haftungsfragen zunehmend die eigentliche inhaltliche Arbeit überlagern. Dies wird auch in der jüngst erschienenen Studie „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden. Ein Praxisforschungsprojekt zur Zukunft von Jugendverbandsarbeit nach Corona“ deutlich. Dort heißt es: „Die befragten Expert*innen und Jugendleiter*innen heben hervor, dass der zunehmende Umfang und die steigende Komplexität von Verwaltungstätigkeiten und bürokratischen Anforderungen vielen Ehrenamtlichen die Freude an ihrem Engagement nimmt“ (S. 281).⁵

Deshalb braucht es spürbare Entlastung: vereinfachte Antrags- und Verwaltungsverfahren, digitale Förderinstrumente und Förderlogiken, die der Realität ehrenamtlicher Strukturen gerecht werden. Dazu gehört beispielsweise eine zeitgemäße Lösung für das aufwendige Verfahren rund um erweiterte Führungszeugnisse im Sinne von § 72a SGB VIII. Der Bundestagsbeschluss vom Mai 2026 zur Digitalisierung des Führungszeugnisses ist ein wichtiger Schritt. Er reicht jedoch nicht aus, wenn die Entlastung ehrenamtlicher Strukturen tatsächlich gelingen soll. Der Bundesjugendring fordert deshalb seit Langem eine zentrale Abfragemöglichkeit beim Bundeszentralregister, die ausschließlich Auskunft darüber gibt, ob ein Tätigkeitsausschluss nach § 72a SGB VIII vorliegt.⁶ Eine solche Lösung könnte Jugendverbände, Träger und Ehrenamtliche spürbar entlasten, ohne den Schutzauftrag zu schwächen.

Ein weiteres Beispiel ist das Pauschalreiserecht. Seit der Umsetzung der EU-Pauschalreiserichtlinie im Jahr 2018 besteht für Jugendverbände erhebliche Rechtsunsicherheit, ob und in welchem Umfang pädagogische Freizeitmaßnahmen wie Zeltlager oder Ferienfahrten unter die Vorgaben für Pauschalreiseanbieter fallen. Unklar bleibt insbesondere, ob die gemeinnützigen, pädagogischen und häufig nur gelegentlich angebotenen Maßnahmen von Jugendverbänden unter die bestehenden Ausnahmeregelungen fallen. Weil eine rechtliche Klarstellung durch den Gesetzgeber bislang ausbleibt, schließen viele Verbände vorsorglich Insolvenzpflichtversicherungen ab. Das führt zu vermeidbarem Verwaltungsaufwand, zusätzlichen Kosten und erheblicher Verunsicherung, obwohl Jugendfreizeiten keine gewinnorientierten Reiseangebote sind, sondern ein zentraler Bestandteil der Kinder- und Jugenderholung nach §11 SGB VIII.

Gerade solche Beispiele zeigen, warum die Anliegen von Jugendverbänden in Gesetzgebungsprozessen frühzeitig und ernsthaft berücksichtigt werden müssen. Es geht nicht um nachrangige Detailfragen, sondern

⁵ <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/weiterentwicklung-72a-sgb-viii>

um Rahmenbedingungen demokratischer Infrastruktur. Jugendverbände bringen die Erfahrungen vielfältiger, heterogener und demokratisch organisierter Strukturen junger Menschen ein. Ihre Positionen entstehen aus der Praxis selbstorganisierter Jugendarbeit, aus den Erfahrungen junger Engagierter vor Ort und aus demokratisch ausgehandelten Willensbildungsprozessen in ihren Strukturen. Damit machen sie sichtbar, wie gesetzliche Regelungen auf junge Menschen, ehrenamtliches Engagement und gemeinnützige Träger tatsächlich wirken.

Der Bundesjugendring fordert den Bund auf, die im Rahmen der Engagementstrategie des Bundes bereits umfassend eingebrachten Vorschläge zum Bürokratieabbau im jungen Engagement im „Zukunftspakt Ehrenamt“ gezielt aufzugreifen und verbindlich zu berücksichtigen. Darüber hinaus müssen die spezifischen Anliegen der Jugendverbände künftig systematischer in Gesetzgebungsprozesse einbezogen werden, von der ministeriellen Erarbeitung von Regelungsvorhaben über Verbändeanhörungen bis hin zu parlamentarischen Beratungen, Ausschussanhörungen und Fachgesprächen. Wo gesetzliche Regelungen unbeabsichtigt zusätzliche bürokratische Belastungen schaffen, statt Engagement zu erleichtern, wie etwa im Bereich des Pauschalreiserechts, braucht es politische Bereitschaft zur Nachsteuerung.

3. Verengung unverzweckter Freiräume verhindert ehrenamtliches Engagement

Zeitliche Einschränkungen gehören zu den zentralen strukturellen Hindernissen für junges ehrenamtliches Engagement. Die Vereinbarkeit von Engagement mit Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf stellt für viele junge Menschen eine erhebliche Belastung dar. Verdichtete Bildungsbiografien, Prüfungsdruck, Ganztagschule, Erwerbstätigkeit neben dem Studium und die Erwartung ständiger Verfügbarkeit reduzieren die zeitlichen Spielräume, die für freiwilliges Engagement notwendig sind. Junges Engagement konkurriert damit zunehmend mit Ausbildungs- und Erwerbsstrukturen, die kaum noch verlässliche Freiräume vorsehen.

Die Studie „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ bestätigt diesen Befund. In den Expert*inneninterviews und Gruppendiskussionen werden insbesondere die zeitliche Bindung durch Ganztagschule, umfangreiche Hausaufgaben, hohe Leistungsanforderungen, Wochenend-Blockveranstaltungen, Prüfungen in den Semesterferien, kurzfristig planbare Seminarzeiten sowie die finanzielle Notwendigkeit zusätzlicher Erwerbsarbeit als Belastungsfaktoren benannt. Auch die quantitative Befragung zeigt die Relevanz dieser Herausforderung: Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) nennt die zeitliche Vereinbarkeit von Engagement mit Schule, Ausbildung oder Beruf als Hürde für ihr Engagement.⁷

Die Weiterentwicklung des Ganztags bedeutet, auf allen politischen Ebenen sicherzustellen, dass Jugendverbände als eigenständige Orte non-formaler Bildung erhalten bleiben und junge Menschen weiterhin Zeit für selbstorganisiertes Engagement außerhalb schulischer Strukturen haben. Ganztags darf nicht dazu führen, dass Jugendverbandsarbeit zeitlich verdrängt oder auf eine bloße Ergänzung von Schule reduziert wird.

Junge Engagierte müssen finanziell entlastet werden, damit Erwerbsarbeit neben Schule, Ausbildung oder Studium nicht zum Ausschlusskriterium für Engagement wird. Dazu gehören eine auskömmliche Ausbildungs- und Studienförderung sowie Regelungen, die ehrenamtliches Engagement bei der Ausbildungsförderung angemessen berücksichtigen. Die Vereinbarkeit von Studium und jungem Engagement muss deshalb auch im BAföG abgesichert werden: § 15 Absatz 3 BAföG ist um einen zusätzlichen Förderverlängerungsgrund zu erweitern, der greift, wenn sich die Ausbildungszeit aufgrund ehrenamtlichen Engagements in einem anerkannten Jugendverband verlängert.

4. Erosion physischer Orte des jungen Engagements

Das Wegbrechen physischer Infrastruktur stellt eine zentrale strukturelle Herausforderung für junges Engagement dar. Der 17. Kinder- und Jugendbericht dokumentiert eine besorgniserregende Erosion der Infrastruktur außerschulischer Jugendbildung: Während es im Jahr 2006 noch 253 Jugendtagungs- und Bildungsstätten gab, waren es im Jahr 2020 nur noch 200 – ein Rückgang um mehr als 20 Prozent.⁸ Damit

⁷ <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

⁸ <https://www.bmbfsfi.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>

gehen nicht nur einzelne Orte verloren, sondern zentrale Voraussetzungen für Jugendverbandsarbeit, außerschulische Bildung, Freizeiten, Qualifizierung, Begegnung und demokratisches Engagement.

Wie konkret sich dieser Infrastrukturverlust in der Praxis auswirkt, zeigt eine bundesweite Erhebung des Bundesjugendrings zu Jugendfreizeitmaßnahmen nach der Corona-Pandemie. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass es schwieriger geworden ist, geeignete Freizeiteinrichtungen wie Bildungsstätten oder Zeltplätze zu finden. 17 Prozent der Gruppen, die regelmäßig dieselben Übernachtungsstätten nutzten, waren von mindestens einer dauerhaften Schließung betroffen.⁹

Der Bundesjugendring fordert die Regierungsparteien auf, endlich wie im Koalitionsvertrag angekündigt, „in Orte der Orte der Jugendarbeit, Jugendfreizeit- und außerschulische Jugendbildungseinrichtungen“ zu investieren. Es braucht ein eigenständiges und umfangreiches Sonderinvestitionsprogramm. Dieses Programm muss explizit auf die energetischen Sanierungsbedarfe von Jugendbildungsstätten und gemeinnützigen Übernachtungs- und Freizeitanlagen zugeschnitten sein und eine längerfristige Planungs- und Umsetzungsperspektive bieten.¹⁰

5. Zunehmende psychische Belastungen unter jungen Ehrenamtlichen

Die zunehmende psychische Belastung junger Menschen ist seit Jahren deutlich sichtbar und empirisch gut belegt. Die Ergebnisse der achten Befragungsrunde der COPSY-Studie von Ende 2025 zeigen, dass weiterhin 22 Prozent der jungen Menschen eine geminderte Lebensqualität angeben. Damit liegt der Wert noch immer rund sieben Prozentpunkte über dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Zugleich macht die Studie deutlich, dass aktuelle gesellschaftliche Krisen und öffentliche Debatten Kinder und Jugendliche spürbar belasten. Während die unmittelbaren Folgen der Pandemie für viele junge Menschen in den Hintergrund getreten sind, beschäftigen sie sich nun besonders intensiv mit Kriegen (70 Prozent), Terrorismus (62 Prozent), wirtschaftlicher Unsicherheit (57 Prozent) und der Klimakrise (49 Prozent).¹¹

Diese Entwicklungen wirken auch in das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in Jugendverbänden hinein. Die Studie „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ bietet hierzu einen aktuellen empirischen Blick auf die Situation junger Engagierter und bestätigt die hohe Relevanz psychischer Belastungen für die Praxis der Jugendverbandsarbeit. In den Gruppendiskussionen und Expert*inneninterviews berichten insbesondere Jugendleiter*innen von veränderten Bedarfen und Herausforderungen bei Teilnehmenden. Genannt werden unter anderem eine geringere Aufmerksamkeitsfähigkeit, nachlassendes Interesse an gemeinschaftlichen Aktivitäten, Rückzugstendenzen, Schwierigkeiten im Sozialverhalten innerhalb von Gruppen, aggressives oder unfreundliches Verhalten, wahrnehmbare Ängste sowie Drogenkonsum und Suchterkrankungen.¹² Für junge Ehrenamtliche bedeutet dies, dass sie in Gruppenstunden, auf Freizeiten und in anderen Angeboten zunehmend mit komplexen pädagogischen Situationen konfrontiert sind, auf die sie vorbereitet, begleitet und unterstützt werden müssen.

Der Bundesjugendring fordert den Bund auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Strategie zur Stärkung der mentalen Gesundheit junger Menschen unverzüglich zu verabschieden und junge Menschen sowie ihre Interessenvertretungen verbindlich einzubeziehen. Die Strategie muss konkrete und finanziell abgesicherte Maßnahmen enthalten. Dazu gehören die dauerhafte Sicherung der psychotherapeutischen Weiterbildung, vereinfachte Verfahren zur BAföG-Verlängerung bei psychischen Belastungen, ein wirksames Suizidpräventionsgesetz sowie eine eigenständige Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung junger Menschen.

6. Fehlende Mobilitätsoptionen als Hemmnis für junges Engagement

Die Erreichbarkeit von Angeboten ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass junge Menschen sich in Jugendverbänden engagieren können. Gerade in ländlichen Räumen wird fehlende oder unzureichende Mobilitätsinfrastruktur jedoch zu einem erheblichen Zugangshindernis. Die Autorinnen der Studie

⁹ <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Jugendreisen/2022-DBJR-Auswertungsbericht-Corona-Freizeit.pdf>

¹⁰ https://www.dbjr.de/fileadmin/Publikationen/2025/Stellungnahme_DBJR_Bildungs-_und_Betreuungsinfrastruktur_erweitert.pdf

¹¹ https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_174656.html

¹² <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

„Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ stellen auf Grundlage der Interviews an den ländlichen Forschungsstandorten im Landkreis Zwickau und im Kreis Stormarn fest, dass die infrastrukturellen Gegebenheiten dort eine signifikante Herausforderung für die Erreichbarkeit von Angeboten der Jugendverbände darstellen.¹³

Der Bundesjugendring fordert den Bund daher auf, Mobilität junger Menschen in ländlichen Räumen als Voraussetzung für Teilhabe und Engagement gezielt zu stärken. Junge Menschen im ländlichen Raum müssen ebenso Zugang zu nachhaltiger, verlässlicher, barrierefreier und vernetzter Mobilität haben wie junge Menschen in Städten. Dafür braucht es eine umfassende Mobilitätsoffensive mit einem massiven Ausbau eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Nahverkehrs.

7. Engagement junger Menschen nach der Pandemie

Die Corona-Pandemie hat die Gelegenheits- und Qualifizierungsstrukturen jungen Engagements in Jugendverbänden erheblich geschwächt. Ehrenamtliche Tätigkeiten konnten zeitweise gar nicht oder nur stark eingeschränkt ausgeübt werden. Gruppenstunden, Ferienfreizeiten, internationale Jugendbegegnungen sowie politische, kulturelle und sportliche Angebote entfielen über lange Zeiträume oder fanden nur unter erheblichen Einschränkungen statt. Damit brachen zentrale Erfahrungsräume weg, in denen junge Menschen Gemeinschaft erleben, Verantwortung übernehmen und häufig selbst den Einstieg ins Engagement finden.

Eine bundesweite Erhebung des Bundesjugendrings zu Jugendfreizeitmaßnahmen macht sichtbar, wie stark die Pandemie die Praxis der Jugendverbände beeinträchtigt hat. Mehr als 56 Prozent der Befragten berichteten von einem Rückgang aktiver Teamer*innen gegenüber der Zeit vor der Pandemie.¹⁴ Besonders deutlich werden die Einschnitte auch bei der Juleica: Im Zeitraum vom 1. März bis 31. Dezember 2020 sank die Zahl abgeschlossener Juleica-Anträge um 46 Prozent; auch in den Jahren 2020 und 2021 lagen die Antragszahlen deutlich unter dem Niveau der Vorjahre.¹⁵ Obwohl das Vor-Corona-Niveau inzwischen wieder erreicht ist, zeigt diese Entwicklung, wie krisenanfällig Qualifizierungs- und Engagementstrukturen junger Menschen sind.

Die Studie „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ ordnet diese Entwicklungen als langfristig relevant ein: Ein Rückgang ehrenamtlich Aktiver erschwert nicht nur die Durchführung aktueller Angebote, sondern kann auch künftige Engagementbiografien und den Nachwuchs für berufliche Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendarbeit schwächen.¹⁶

Für zukünftige vergleichbare Krisensituationen fordert der Bundesjugendring den Bund auf, die außerschulische Bildung und Jugend(verbands)arbeit als unverzichtbare Bestandteile der Bildungslandschaft zu begreifen. Angebote der Jugendverbände müssen als gleichwertige, komplementäre Lern- und Entwicklungsräume zur schulischen Bildung in Krisenzeiten schnellstmöglich wiederhergestellt und unter den gegebenen Schutzmaßnahmen gefördert werden.

8. Zunahme von Bedrohungen und Angriffen aus dem Spektrum der extremen Rechten

Angriffe und Einschüchterungsversuche aus dem Spektrum der extremen Rechten stellen eine wachsende Herausforderung für Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe dar. Eine bundesweite Erhebung des Bundesjugendrings zur Bedrohungslage zeigt, dass insbesondere auf kommunaler Ebene ein relevanter Teil der befragten Organisationen in den vergangenen zwölf Monaten von Angriffen oder Übergriffen betroffen war. Von bisher 201 teilnehmenden Jugendgruppen, Jugendverbänden und Jugendringen berichteten 46 von entsprechenden Vorfällen. Besonders häufig genannt wurden Beleidigungen und Beschimpfungen, Online-Angriffe und Hate Speech, Bedrohungen sowie Sachbeschädigungen. Die Angriffe richteten sich

¹³ <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

¹⁴ <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Jugendreisen/2022-DBJR-Auswertungsbericht-Corona-Freizeit.pdf>

¹⁵ <https://juleica.de/statistik>

¹⁶ <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

dabei nicht nur gegen Organisationen als solche, sondern auch gegen Einzelpersonen, Einrichtungen und ganze Gruppen.¹⁷

Die Rückmeldungen machen deutlich, dass es sich vielfach nicht um vereinzelte oder zufällige Vorfälle handelt. In der großen Mehrheit der Fälle wird eine politische Motivation aus dem Spektrum der extremen Rechten als erkennbar eingeschätzt. Berichtet wird unter anderem von rechtsextremen Stickern und Schmierereien an Jugendzentren und Geschäftsstellen, von diffamierenden Beiträgen und Kampagnen in sozialen Medien, von bedrohlichen Kontaktaufnahmen, Störungen von Veranstaltungen, Sachbeschädigungen und Einschüchterungsversuchen im Umfeld jugendverbandlicher Aktivitäten. Auch körperliche Angriffe werden seltener, aber weiterhin relevant berichtet und betreffen teilweise direkt junge Menschen.

Diese Bedrohungslage bleibt nicht folgenlos. Sie erzeugt Unsicherheit, bindet Ressourcen und kann dazu führen, dass junge Menschen, Ehrenamtliche oder Eltern aus Sorge vor persönlichen Anfeindungen Engagement einschränken, Veranstaltungen meiden oder Aktivitäten nicht weiterführen. Damit richten sich rechte Angriffe nicht allein gegen einzelne Träger oder Veranstaltungen, sondern gegen die demokratische Selbstorganisation junger Menschen insgesamt.

Der Bundesjugendring fordert den Bund daher auf, Jugendverbände, Jugendringe und Jugendgruppen im Umgang mit Bedrohungen aus dem extrem rechten Spektrum gezielt zu unterstützen. Notwendig sind verlässliche Beratungs-, Schutz- und Unterstützungsstrukturen, niedrigschwellige Anlaufstellen, eine auskömmliche Förderung von Präventions- und Demokratieförderprogrammen sowie eine klare politische Haltung gegen Einschüchterung, Diffamierung und Angriffe auf junge Zivilgesellschaft.

9. Ungleiche Zugänge zu ehrenamtlichem Engagement in Jugendverbänden

Der Zugang zu freiwilligem Engagement ist weiterhin ungleich verteilt. Die Online-Befragung im Juleica-Antragstool im Rahmen der Studie „Ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Jugendverbänden“ zeigt, dass die Befragten überwiegend höhere Bildungsabschlüsse anstreben oder bereits erreicht haben und mehrheitlich über vergleichsweise stabile finanzielle Rahmenbedingungen verfügen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung sind unter den Befragten hingegen nur in geringem Umfang vertreten.¹⁸ Diese Befunde verweisen auf ein strukturelles Problem: Ob junge Menschen sich engagieren, in welchem Umfang sie Verantwortung übernehmen und welche Positionen sie erreichen, hängt weiterhin stark mit soziodemografischen Voraussetzungen zusammen, etwa mit Bildungswegen, Herkunft und Aufenthaltsstatus, Haushaltseinkommen, Erwerbsstatus, Queerness oder Behinderung.

Jugendverbände wirken diesen Ungleichheiten seit jeher durch solidarische Beitragsmodelle, Zuschüsse, persönliche Ansprache, Mentor*innenprogramme und niedrigschwellige Zugänge entgegen. Diese ausgleichenden Mechanismen geraten jedoch unter Druck, wenn Fördermittel sinken, hauptamtliche Unterstützung fehlt und Kosten weiter steigen. Gerade armutsbetroffene junge Menschen, geflüchtete junge Menschen, junge Menschen mit Behinderung oder junge Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen laufen dann Gefahr, vom Engagement ausgeschlossen zu werden – obwohl hier wichtige Potenziale für Teilhabe, Selbstwirksamkeit und nachhaltige Engagementbiografien liegen.

Der Bundesjugendring fordert den Bund daher auf, strukturelle Barrieren für junges Engagement gezielt abzubauen und die dafür notwendigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen verlässlich zu schaffen. Ehrenamtliches Engagement darf nicht von Herkunft, Einkommen, Bildungsweg, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder anderen Zugehörigkeiten abhängen. Der Bund sollte sich dabei an den Empfehlungen des Vierten Engagementberichts orientieren, der konkrete Maßnahmen zum Abbau von Zugangshürden und Schwellen zum Engagement benennt.

¹⁷ <https://www.dbjr.de/artikel/bedrohungs-studie-vorlaeufige-ergebnisse>

¹⁸ <https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/ehrenamtliches-engagement-junger-menschen-in-jugendverbaenden/BEL449260>

III. Nachwuchsförderung braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Die dargestellten Herausforderungen zeigen: Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt ist für Jugendverbände eine zentrale Voraussetzung für ihre langfristige Handlungsfähigkeit. Zeitliche Überlastung, finanzielle Unsicherheit, fehlende Mobilitätsoptionen, wegbrechende Infrastruktur, psychische Belastungen, bürokratische Hürden und Bedrohungen aus dem extrem rechten Spektrum wirken zusammen. Sie erschweren jungen Menschen den Einstieg ins Engagement, belasten bereits Aktive und gefährden den Generationenwechsel in Jugendverbänden.

Die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre besteht darin, die Jugendverbandsarbeit zukunftsfest aufzustellen. Dabei geht darum, neue Zielgruppen zu erreichen, niedrighschwellige Zugänge zu schaffen und tragfähige Engagementbiografien zu ermöglichen. Denn ohne ehrenamtlich engagierte junge Menschen kann Jugendverbandsarbeit nicht dauerhaft bestehen. Dafür reicht es nicht, junge Menschen kurzfristig für einzelne Tätigkeiten zu gewinnen. Jugendverbände sind auf qualifiziertes Engagement angewiesen: auf junge Menschen, die Gruppen begleiten, Freizeiten gestalten, Verantwortung übernehmen, demokratische Prozesse tragen und andere für Beteiligung gewinnen. Die Juleica ist hierfür ein zentrales Instrument. Sie qualifiziert junge Ehrenamtliche, stärkt ihre Handlungssicherheit und trägt zur Qualität, Verlässlichkeit und Kontinuität der Jugendverbandsarbeit bei. Junges Engagement hat dabei eine langfristige Bedeutung. Wer früh Verantwortung übernimmt, erwirbt Kompetenzen, Erfahrungen und Zugänge, die häufig über die Jugendphase hinaus wirken. Junge Engagierte können zudem andere junge Menschen ansprechen, Erfahrungen weitergeben und neue Zugänge zum Engagement eröffnen.

Der Bundesjugendring begrüßt, dass Ehrenamt auf Bundesebene politisch gestärkt und im Bundeskanzleramt verankert wurde. Diese Zuständigkeit muss genutzt werden, um die spezifischen Bedingungen jungen Engagements konsequent zu berücksichtigen. Dazu gehört, die Expertise der Jugendverbände als eigenständige Interessenvertretung jungen Engagements verbindlich einzubeziehen.

Jugendverbände sind bereit, sich weiterzuentwickeln. Die Lebensrealitäten junger Menschen verändern sich; darauf müssen Jugendverbände mit niedrighschwelligen und lebensweltnahen Formen der Ansprache, Beteiligung und Qualifizierung reagieren können. Dafür brauchen sie verlässliche Ressourcen, die nicht dauerhaft durch finanzielle Unsicherheit, Bürokratie oder antidemokratische Abwehrkämpfe gebunden sind.